

24. April 2008
bis
6. Mai 2008

Seine Beteiligungen an zwei türkischen Versicherern, der **Koc Allianz Sigorta** als Sach- sowie der **Koc Allianz Hayat ve Emeklilik** als Lebensversicherer, hat der Allianz-Konzern, München, auf eine Mehrheit von jeweils über 80 Prozent aufgestockt. Das Volumen der Transaktionen wird auf rund 400 Millionen Euro beziffert. Eine Pflichtofferte sei nicht geplant. Verkäufer der Anteilspakete ist die Koc Holding.

Nach der Zusage des bayerischen Landtages hat auch die große Mehrheit der insgesamt 75 regionalen Sparkassen der geplanten Milliardenbürgschaft für die von der Kreditkrise schwer getroffene **Bayern-LB**, München, zugestimmt. Eine Prüfung der EU-Kommission steht noch aus; Letztere kann eine solche erst einleiten, wenn die Vertragsfassung abgeschlossen ist.

Wie zuvor schon der Wettbewerber **Royal Bank of Scotland** (siehe Kreditwesen 9-2008) hat auch die britische **Halifax Bank of Scotland (HBOS)** eine Kapitalerhöhung angekündigt. Nach einem erhöhten Abschreibungsbedarf infolge der US-Subprime-Krise sollen vier Milliarden britische Pfund neu eingeworben werden.

Ihre Verhandlungen über eine Zusammenlegung des Konsumentenkreditgeschäfts in Italien haben die französische Großbank **Crédit Agricole (CA)** und die italienische **Banco Popolare (BP)** abgeschlossen. An einem Joint Venture zwischen der CA-Tochter Agos und der zu BP gehörenden **Ducato** soll das französische Institut die Mehrheit von 61 Prozent halten. Das Abkommen beinhaltet Kapitalerhöhungen bei Ducato und Agos sowie eine Dividendenzahlung von 30,5 Millionen Euro von Crédit Agricole an die Banco Popolare.

Sein Stammkapital hat der **Banco Comercial Português (BCP)** von bisher 3,61 auf 4,69 Milliarden Euro erhöht. Von 1,083 Milliarden neuen Aktien wurden 98,9 Prozent von Inhabern entsprechender Bezugsrechte erworben. Den restlichen 12 Millionen Aktien habe eine zusätzliche Nachfrage nach gut 1,29 Milliarden Titeln gegenübergestellt, wie die Bank mitteilt.

Den Verkaufsprozess für seine Beteiligung von gut einem Drittel an der slowenischen **Nova Ljubljanska Banka (NLB)** hat der belgische Allfinanzkonzern KBC gestartet. Die Mehrheit an NLB wird vom Staat kont-

rolliert. Darüber hinaus stellt **KBC** auch den Anteil von 50 Prozent an dem Lebensversicherer **NLB Vita** zum Verkauf.

Zwei Kapitalerhöhungen hat die US-amerikanische Großbank **Citigroup** Ende April dieses Jahres durchgeführt. Nachdem zunächst Vorzugsaktien für knapp sechs Milliarden US-Dollar emittiert wurden, hat das Institut kurz darauf weitere Stammaktien über 4,5 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Auf knapp 40 Milliarden US-Dollar wird damit das im Zuge der Finanzkrise neu aufgenommene Kapital beziffert.

Nachdem die **Europäische Kommission** ein Rettungspaket für die angeschlagene **WestLB AG**, Düsseldorf, gebilligt hat, bekommt das Institut bis zum 8. August dieses Jahres Zeit, um einen tragfähigen Restrukturierungsplan vorzulegen. Zwar handle es sich bei dem von **Nordrhein-Westfalen**, den dortigen **Sparkassen**, zwei Landschaftsverbänden und der **NRW Bank** bereitgestellten Risikoschild über fünf Milliarden Euro um eine staatliche Beihilfe, so die Argumentation der Kommission, diese stehe aber mit den europäischen Vorschriften für Rettungshilfen in Einklang.

Sein Pensionsgeschäft in den USA baut der niederländische Finanzkonzern **ING** mit der Übernahme von **Citi-Street** aus. Der bislang zur US-Großbank Citigroup und zum Vermögensverwalter **State Street** gehörende Verwalter von Pensionsleistungen wechselt für eine Kaufsumme von 578 Millionen Euro den Besitzer. Das künftig von ING im US-Altersvorsorgemarkt verwaltete Vermögen wird auf 224 Milliarden Euro beziffert.

Im Rahmen des Anfang Mai geschlossenen Staatsvertrags zwischen den **Ländern Baden-Württemberg** und **Rheinland-Pfalz** wird die **LRP Landesbank Rheinland-Pfalz**, Mainz, im Wege der Gesamtrechtsnachfolge mit Rückwirkung zum 1. Januar 2008 mit der **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, fusioniert. Das Abkommen soll nach Zustimmung der Landesparlamente zum 1. Juli 2008 in Kraft treten. Die LBBW übernimmt anstelle der

LRP den öffentlichen Auftrag als Staats- und Kommunalbank sowie als Sparkassenzentralbank für das Land Rheinland-Pfalz. Die LRP firmiert ab dem 1. Juli 2008 als rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts der Landesbank Baden-Württemberg unter dem Namen **Rheinland-Pfalz Bank** und tritt mit einer eigenen Marke auf.

In einer konzertierten Aktion haben die US-Notenbank **Federal Reserve (Fed)**, die **Europäische Zentralbank (EZB)** sowie die **Schweizerische Nationalbank** zusätzliche Maßnahmen angekündigt, um vor allem die Liquidität in US-Dollar zu erhöhen. Konkret weitet die Fed das Volumen der Auktionen ihres zweiwöchigen Refinanzierungsgeschäfts (Term Auction Facility, TAF) von bislang 50 auf 75 Milliarden US-Dollar aus. Zudem soll das Volumen ihres Devisenabkommens (Swap) mit EZB und SNB erhöht werden. Die EZB weitet ihre Dollar-Tender auf 25 Milliarden US-Dollar aus. Die Schweizer Zentralbank erhöhte den Umfang ihrer Dollar-Auktionen auf maximal zwölf Milliarden US-Dollar.

Die **Bank of England** hat sich dem gemeinsamen Vorgehen derweil nicht angeschlossen. Sie hatte zuvor ein Hilfsprogramm für den angeschlagenen Hypothekenmarkt im Volumen von 50 Milliarden britischen Pfund angekündigt. Danach können britische Banken bestimmte Hypothekenprodukte bei der Notenbank in Staatsanleihen umwandeln. Die Maßnahme ist auf Wertpapiere mit höchster Bonität beschränkt.

Mit dem Ziel bis zur IWF-Jahrestagung im Oktober einen freiwilligen Verhaltenskodex für Staatsfonds auszuarbeiten hat der **Internationale Währungsfonds (IWF)** eine multinationale Arbeitsgruppe eingesetzt. An der International Working Group (IWG) for Sovereign Wealth Funds sind 25 Mitgliedsländer beteiligt, darunter sowohl Vertreter aus China, Russland, Norwegen und den Vereinigten Arabischen Emiraten als auch Empfängerländer wie die USA.

Zudem hat das Direktorium des Währungsfonds eine **Neuverteilung** seiner Quoten beschlossen. Damit soll das wachsende Gewicht der Schwellen- und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft berücksichtigt werden. Nach der neuen Formel steigt für 135 der 185 Mitgliedsländer der Anteil am IWF-Kapital.